Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagsort: Bocholt.
Postversandort: Dortmund.

Amtliches Kreisblatt für den Landkreis Borken.
Hauptgeschäftsstelle: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernsprecher 3054/55.
Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Bestellgeld 2,52 Mk. — Zeno-Sammel-Anzeigenpreise: 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite, Stellengesuche 6 Pfg., Reklamepreis (Textbreite) 80 Pfg. je Millimeter.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 280 | Donnerstag, den 11. Oktober 1934 | Jahrgang 1934

Stille Heimfahrt des toten Königs von Südslawien.

Königin Maria am Totenbett. / Angriffe auf die französische Sicherheitspolizei. / Auf der Spur der Helfershelfer

Die letzten Worte Barthous

(!) **Paris**, 10. Oktober.

Ein großer Teil der Morgenpresse veröffentlicht die Berichte über den Anschlag in Marseille mit Trauerrand. Von den zahlreichen Abbildungen stellt die eine die Begrüßungsansprache dar, als König Alexander und Barthou sich die Hände schütteln, die andere zeigt den Wagen in dem Augenblick des Anschlags. Man sieht die Gestalt des Mörders auf dem Trittbrett hängen und bemerkt, wie der Begleitoffizier sein Pferd herumreißt, um das Attentat zu verhindern. Auf einem anderen Bild sieht man auf den Kissen des offenen Wagens die bewußtlose Gestalt des Königs. Wiederum ein anderes Photo zeigt, wie der schwer verletzte französische General Georges in Galauniform weggetragen wird.

In dem Auto, gegen das der Anschlag vollführt wurde, befand sich auf dem Rücksitz König Alexander und Außenminister Barthou, ihnen gegenüber General Georges. Der Wagen wurde von einem Polizeichauffeur gesteuert.

Der ärztliche Befund der Leiche des Königs hat ergeben, daß der königliche Gast von zwei Kugeln getroffen worden war. Eine der Kugeln war in die Lebergegend gegangen und war dann von innen in die Brust gedrungen. Die zweite hatte die linke Brustseite durchschlagen und hatte eine tödlich wirkende innere Blutung zur Folge. Der König wurde vorläufig in seiner Uniform, an die man das Großkreuz der Ehrenlegion heftete, im Empfangssalon der Präfektur aufgebahrt und mit einer Fahne bedeckt.

Ueber die letzten Augenblicke des französischen Außenministers Barthou wird bekannt, daß er sich gleich nach der Einlieferung in das Krankenhaus erkundigte, wie es dem König von Südslawien ergangen sei.

Man verheimlichte ihm den Tod des Königs und Barthou gab seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß diesem nichts geschehen sei. Die letzten Worte des Außenministers waren: „Ich habe Schmerzen, gebt mir zu trinken!"

Die Leiche Barthous wurde in den frühen Morgenstunden aus dem Krankenhaus in das Gebäude der Präfektur von Marseille übergeführt, wo sie neben der sterblichen Hülle des Königs Alexander aufgebahrt wurde. Der Raum ist in eine Kapelle verwandelt. Französische Generale halten die Ehrenwache.

Einer Havasmeldung zufolge sollen die letzten an den südslawischen Außenminister von König Alexander gerichteten Worte gewesen sein: Erhaltet die südslawisch-französische Freundschaft ..."

Königin Maria in Marseille

DNB **Paris**, 10. Oktober.

Der Sonderzug, mit dem die Königin von Südslawien nach Paris fahren sollte, ist infolge des Marseiller Anschlages nach Marseille umgeleitet worden. Nachdem die Königin die traurige Nachricht von der Ermordung des Königs Alexander erhalten hatte, erlitt sie einen Ohnmachtsanfall. Die Gattin des Staatsministers Herriot hat sich in Lyon der Königin zur Verfügung gestellt und begleitete sie bis nach Marseille. Die Königin, die am Arme von Frau Herriot den Zug verließ, wurde sofort zur Präfektur begleitet. Während der Fahrt von Lyon nach Marseille hatte sie mehrere Ohnmachtsanfälle. Die Königin wurde sofort in den Raum geführt, in dem der König den letzten Schlaf schläft. Das gesamte Gefolge zog sich zurück, um die Königin allein ihrem Schmerz zu überlassen. Nach einem langen Gebet begab sich die Königin in einen Nebenraum.

Staatspräsident Lebrun hat bei seinem ersten Beileidsbesuch, den er der Königin von Südslawien abstattete, mit der Königin in großen Zügen die Regelung der Trauerfeier besprochen. Die sterbliche Hülle des Königs ist auf einem Katafalk in der Präfektur neben Barthou aufgebahrt worden. Der König trägt auf seinem Totenbett die serbische Generalsuniform und das Großkreuz der Ehrenlegion. An beiden Bahren häufen sich Blumenspenden und Kränze.

Kreuzer „Dubrovnik" mit dem toten König in See gegangen.

(!) **Paris**, 10. Oktober.

Die sterbliche Hülle König Alexanders ist am Mittwoch nachmittag im Beisein der Königin und der Offiziere aus dem Gefolge des toten Herrschers eingesargt und unter militärischen Ehren zum Hafen übergeführt worden, wo der südslawische Kreuzer „Dubrovnik" sie an Bord nahm. An der Spitze des Trauerzuges schritt der Präsident der französischen Republik, neben der Königin Maria der südslawische Außenminister, dann folgten der Präsident der französischen Kammer und die übrigen Würdenträger. Der Sarg wurde von sechs französischen Offizieren einer Abordnung von sechs südslawischen Offizieren übergeben, die ihn auf das Kriegsschiff brachten. Der südslawische Kreuzer ist bald darauf in See gegangen. Französische Kreuzer geben dem Schiff das Geleit.

(Siehe auch 2. Seite.)

Auf der Spur der Helfershelfer des Marseiller Mörders.

Das Zeichen der Komitatschis.

(!) **Paris**, 10. Oktober.

Aus einer Havasmeldung über den Anschlag geht hervor, daß man im französischen Innenministerium zunächst der Ansicht war, die Schüsse seien nur von dem einen Täter, der inzwischen seinen Verletzungen erlegen ist, abgegeben worden. Die Polizei ist im Begriffe, eine Reihe von Augenzeugen des Anschlages zu verhören. Ein Filmoperateur hat durch Zufall die ganze Szene mitgefilmt. Dieser Filmstreifen wird sofort entwickelt und dem Leiter der Marseiller Polizei übergeben.

Die Nachprüfung des bei dem Attentäter gefundenen Passes hat zu der Feststellung geführt, daß er vom tschechoslowakischen Konsulat in Agram ausgestellt worden ist. Eine amtliche Untersuchung hat indessen ergeben, daß der Paß eine Fälschung ist. Das tschechoslowakische Generalkonsulat in Agram hat niemals einen Paß auf den Namen Peter Kellemen ausgestellt.

Die Untersuchung der Leiche des Attentäters führte zu einer sehr interessanten Entdeckung.

Am linken Unterarm trug Kalemen eine Tätowierung, die eine Krone von 5 bis 6 Zentimeter Durchmesser darstellte und von einem Totenkopf mit zwei gekreuzten Knochen umgeben war, und außerdem einige Buchstabenkürzungen aufwies. Es handelt sich bei den Buchstabenabkürzungen um die Worte: Freiheit oder Tod!

Ein südslawischer Journalist erklärte, daß diese Tätowierung das Zeichen der mazedonischen Komitatschis sei. (Es besteht die Möglichkeit, daß Kalemen einer kroatischen Gruppe angehörte, die mit den revolutionären Mazedoniern zusammenarbeitete.)

Zwei Komplizen des Attentäters.

(!) **Paris**, 10. Oktober.

Die Vermutung, daß der Attentäter von Marseille einige Helfershelfer gehabt hat, scheint durch die Angaben eines Hotelbesitzers aus Aix-le-Provence bestätigt zu werden, der am Mittwoch vormittag folgende Aussagen machte: Drei Personen, darunter der Mörder des Königs Alexander, seien am Sonntagabend in seinem Hotel abgestiegen. Der Attentäter, den der Hotelbesitzer nach den in der Presse verbreiteten Lichtbildern genau wiedererkannte, habe die Eintragung in das Hotelregister immer wieder aufgeschoben. Seine Gefährten hätten sich als Egon Kramer, 24 Jahre alt, geboren in Fiume, kroatischer Nationalität, und Sylvester Chalny, tschechoslowakischer Staatsangehöriger, von Beruf Kaufmann, eingetragen. Beide hätten angegeben, daß sie nach Paris wollten. Kramer habe Montagnachmittag das Hotel verlassen, während seine beiden Gefährten im Hotel die Nacht zum Dienstag verbrachten und sich Dienstag früh ein reichliches Frühstück geben ließen und überdies eine große Menge Alkohol zu sich nahmen.

Der Attentäter soll Dienstag vormittag dann in der Hotelhalle die ausliegenden Zeitungen mit den Vorberichten über die Ankunft des Königs von Südslawien sehr eingehend gelesen haben.

Er und sein Kamerad hätten noch das Mittagessen im Hotel eingenommen und seien gegen 13 Uhr fortgegangen mit der Erklärung, sie würden zum Abendessen zurück sein. Um 18,30 Uhr sei aber nur Chalny wieder im Hotel eingetroffen. Er habe seinen Kameraden entschuldigt, das Abendessen eingenommen, die Rechnung beglichen und sei dann verschwunden.

In Paris sind im Laufe des Vormittags in südslawischen Emigrantenkreisen viele Haussuchungen vorgenommen worden, so u. a. bei dem früheren südslawischen Innenminister Pribitschewitsch, der Kommandeur der Ehrenlegion ist.

Man hat bei ihm eine Menge von Schriftstücken beschlagnahmt, die der Staatsanwaltschaft übergeben wurden. Ein besonderes Augenmerk hat die Polizei auf das sogenannte südslawische Komitee gerichtet, dessen Geschäftsräume durchsucht wurden und dessen Mitglieder einem eingehenden Verhör unterzogen wurden. Auch der Südslawischen Gesellschaft stattete die Polizei einen Besuch ab. Sie sprach ferner bei Wladimir Raditsch, dem Sohne des bekannten kroatischen Abgeordneten, der vor drei Jahren im südslawischen Parlament erschossen wurde, vor. Als die Polizei vor seiner Wohnung erschien, tauchten dort zwei südslawische Staatsangehörige auf, die sofort festgenommen wurden, weil sie sich im Besitz von Schußwaffen befanden.

Die Kriminalpolizei hat weiter ermittelt, daß der Mörder am 3. Oktober in einem Pariser Hotel abgestiegen ist, wo er sich unter dem Namen Suck eingetragen hat. Sein Lichtbild wurde der Hotelwirtin gezeigt, die ihn sofort wiedererkannte.

Kurz nach dem Attentat in Marseille.



Von dem ruchlosen Attentat auf den König Alexander von Südslawien und den französischen Außenminister treffen jetzt die ersten Bildtelegramme ein. Hier sieht man den Polizeibeamten, der den Mörder niederschlug, bei seiner ersten Vernehmung wenige Minuten nach dem Verbrechen am Tatort.

Italienische Tagesfragen.

Mussolinis „Rede an die Arbeiter von Mailand". / Die Gerüchte um Abessinien.

Von unserem römischen Korrespondenten.

▲ **Rom**, im Oktober.

Mussolini selbst hat der Rede, mit der er am letzten Samstag in einer Versammlung von sechs mal hunderttausend Menschen auf dem Mailänder Domplatz seine Besichtigungsfahrt durch die Lombardei zu ihrem Höhepunkt brachte, historische Bedeutung zugesprochen. Die Geschichte, erklärte er, werde sie als „die Rede an die Arbeiter von Mailand" bezeichnen. Sie dauerte nur fünfundzwanzig Minuten, aber selbst bei der Radioübertragung konnte man die Bewegung der Massen und den starken Eindruck spüren, den diese knapp und bildhaft geformten Sätze ausübten. Nach zwölf Jahren faschistischer Herrschaft wollte diese Rede die geschichtliche Wendung festhalten, an der sich mit der Ausbildung des Korporationswesens die neuen Linien der von der faschistischen Revolution hervorgebrachten Staatsschöpfung deutlich abzeichnen. Es ist nicht ohne tiefere Bedeutung, daß Mussolini in diesem Augenblick in die Stadt zurückkehrte, von der aus er seinen Weg in die Geschichte begonnen hat. Man trifft einen Lebensnerv der faschistischen Bewegung, wenn man feststellt, daß sie von der Lombardei ausgegangen ist. So wie die italienische Einigungsbewegung im vorigen Jahrhundert von Norden nach Süden vordrang, so kann man auch den Faschismus geschichtlich als eine Bewegung begreifen, die darauf abzielt, von den wirtschaftlich am stärksten entwickelten Landschaften Oberitaliens aus für das ganze Land mit einem starken Schwung und durch Aufschließung aller produktiven Kräfte den Anschluß an die höhere wirtschaftliche Entwicklungsstufe der westeuropäischen Staaten zu vollziehen und für diese Bewegung aus den besonderen Bedürfnissen des Landes eine politische, wirtschaftliche und soziale Verfassung auszubilden, die als etwas durchaus Neuartiges in die europäische Wirklichkeit eintritt. Nur so ist der scheinbare Widerspruch aufzulösen, daß der Faschismus einerseits vor der Aufgabe steht, eine Entwicklung nachzuholen, die andere Länder bereits hinter sich haben, und andererseits den Anspruch erhebt, das Zeitalter abzulösen, das er zu erfüllen trachtet.

Die Leitgedanken, die sich daraus ergeben, hat Mussolini in seiner Mailänder Rede klar entwickelt: Das liberal-kapitalistische Zeitalter, in dem das Schwergewicht bei dem Profit des Einzelnen lag, ist an der „unlogischen, paradoxen und zugleich grausamen Erscheinung des Elends mitten im Ueberfluß" zugrundegegangen. Die Zukunft gehört einer Wirtschaftsweise, in der das Interesse der Gesamtheit im Vordergrund steht. Dafür gäbe es theoretisch zwei denkbare Lösungen. Die erste, die Verstaatlichung der nationalen Wirtschaft, lehnt Mussolini ab, weil es nicht seine Absicht sei, die schon beträchtliche Zahl der Staatsbeamten zu verzehnfachen. Die Logik und die Entwicklung der Dinge verlangt einen anderen Ausweg, die korporative Lösung: „die den Produzenten anvertraute Selbstordnung der Produktion". Dabei sind unter Produzenten nicht nur die Industriellen und die Arbeitgeber, sondern auch die Arbeiter zu verstehen. „Der Faschismus verwirklicht die wahre und tiefe Gleichheit aller Einzelnen gegenüber der Arbeit und der Nation. Der Unterschied liegt nur in der Stufe und in dem Umfang der Verantwortung." Es kommt darauf an, „eine höhere soziale Gerechtigkeit für das ganze italienische Volk" zu verwirklichen. Das bedeutet: „garantierte Arbeit, gerechter Lohn, anständige Wohnung, die Möglichkeit, sich unaufhörlich zu entwickeln und zu verbessern, bedeutet vor allem, daß die Arbeiter immer tiefer in die Kenntnis des Produktionsprozesses eindringen und an seiner notwendigen Ordnung teilnehmen". Die moderne Wissenschaft hat die Möglichkeit, Reichtum zu schaffen, vervielfacht. Sie muß nun, „kontrolliert und angestachelt von dem Willen des Staates", das weitere Problem lösen: die Verteilung des Reichtums. Das ist in großen Zügen die Entwicklung, in der Mussolini den Aufbau des italienischen Korporationswesens betrachtet. Der künftigen Praxis der Korporationen werden damit große und bedeutende Aufgaben gestellt.

Nicht minder wichtig und trotz der engen Beziehung auf die aktuelle Lage auch von grundsätzlicher Bedeutung sind die außenpolitischen Abschnitte der Mailänder Rede des Duce. Er beschränkte sich auf einen summarischen Ueberblick über die Beziehungen zu den Nachbarn Italiens. Dabei bestätigte er, daß sich die Atmosphäre zwischen Italien und Frankreich im letzten Jahre beträchtlich verbessert hat, und er erhofft von dem für Ende Oktober oder Anfang November in Aussicht genommenen Besuch Barthous in Rom feste Abmachungen im Interesse der beiden Länder und im allgemeinen Interesse Europas (Der Artikel unseres Korrespondenten ist vor dem Attentat in Marseille geschrieben, das naturgemäß auf die außenpolitische Entwicklung sich verzögernd auswirken wird, obwohl es sich dabei nicht um ein Ereignis handelt, von dem eine außenpolitische Erschütterung zu befürchten ist wie vor zwanzig Jahren von dem Mord in Serajewo Die Rede des italienischen Regierungschefs behäl

selbstverständlich auch nach Marseille ihre Bedeutung. Die Schriftl.) Mussolini zeigt sich, mit einem Seitenblick auf die jüngsten Zwischenfälle, verständigungsbereit gegenüber Südslawien; er unterstreicht den bekannten italienischen Standpunkt zur österreichischen Frage; er verlangt, logisch keineswegs auf dieser Linie, die Erhaltung und Verstärkung des volksmäßig italienischen Charakters des Schweizer Kantons Tessin; er stellt fest, daß es auch dem hartnäckigen „Bürger Henderson" nicht gelingen werde, „den tief unter der Last der Kreuzer und Kanonen zerdrückten und begrabenen Lazarus der Abrüstung zu neuem Leben zu erwecken." Aber alle diese Feststellungen bekommen erst Gewicht und Gesicht durch eine zwar polemisch gefaßte, aber grundsätzlich wichtige Aussage über Deutschland: „Dies gibt mir Gelegenheit, zu bekräftigen, daß die Entwicklung der europäischen Geschichte ohne Deutschland nicht denkbar ist." Die Tragweite dieser Worte wird in einem Kommentar des in außenpolitischen Fragen als offiziös zu betrachtenden „Giornale d'Italia" erläutert. Darin heißt es: „Die ganze Politik Italiens gegenüber Deutschland geht darauf aus, seine Rückkehr in die Gemeinschaft der Großmächte mit der Wiederherstellung der Gleichheit der Rechte zu begünstigen und zu beschleunigen, und zu diesem Zwecke die Ausgleichung der Verträge an ein neues Prinzip der Versöhnung und der Gerechtigkeit zu betreiben. Aber Italien hat immer als Grundsatz aufgestellt, daß die Angleichung sich stufenweise und mit der Mitarbeit aller vollziehen muß, und daß inzwischen die Verträge respektiert werden müssen und nicht durch Sonderaktionen verletzt werden dürfen." Und dasselbe „Giornale d'Italia", das nach der Ermordung des österreichischen Bundeskanzlers Dollfuß den heftigen Pressefeldzug gegen Deutschland eröffnet und geführt hat, stellt jetzt fest, daß diese „Episode überwunden und vergessen werden kann", wenn „die guten Absichten, die jetzt in Berlin von den verantwortlichsten Stellen gezeigt worden sind", sich verwirklichen.

Was bedeutet diese Wendung? Wenn man von den polemischen Formulierungen absieht, die dabei noch einfließen, dann liegt ihre Bedeutung und zugleich die Grenze ihrer Bedeutung ganz nüchtern darin, daß Italien das Bedürfnis spürt, in die europäische Ausgangsstellung zurückzukehren, die Mussolini mit dem Viererpakt angelegt hat und die er erst seit dem 25. Juli verlassen zu haben schien, in jene Ausgangsstellung, die die europäische Position Italiens in der Vermittlung zwischen dem deutsch-französischen Gegensatz befestigen und erhöhen wollte. Auf diese Stellung, die Deutschland als Verhandlungspartner und aktiver Faktor der europäischen Politik voraussetzt, geht Mussolini jetzt wieder zurück. Die Motive zu deuten, ist dabei nicht einmal so wichtig. Es mag sein, daß der italienisch-französische Ausgleich neuerdings auf Schwierigkeiten gestoßen ist, die es Mussolini geraten erscheinen lassen, nach dem jugoslawischen Zwischenfall auch die deutsche Karte noch einmal auszuspielen. Das würde bedeuten, daß die italienischen Verhandlungsziele in diesem taktischen Spiel bei Frankreich gesucht werden müßten. Aber selbst ein erfolgreicher italienisch-französischer Ausgleich bekämen einen konstruktiven europäischen Sinn, wenn Italien grundsätzlich dabei bleibt, daß europäische Geschichte ohne Deutschland nicht denkbar ist. Man kann diese Feststellung geradezu als das europäische Lebensgesetz bezeichnen, und in diesem Rahmen sind grundsätzlich alle Spannungen lösbar, die heute noch eine friedliche Entwicklung Europas bedrohen. Von hier aus wäre ein neuer Anfang zu machen — auch wenn man sich bewußt bleibt, daß die Mailänder Rede Mussolinis von italienischen Interessen und Zielsetzungen ausgeht.

*

Vor einigen Tagen haben der Geschäftsträger Abessiniens in Rom und die italienische Regierung öffentliche Erklärungen gewechselt, aus denen hervorgeht, daß beide Regierungen entschlossen sind, unbedingt dem Geist und dem Buchstaben des italienisch-abessinischen Freundschaftsvertrages von 1928, der eine Nichtangriffsklausel für zwanzig Jahre enthält, treu zu bleiben.

Solche Versicherungen hätten keinen Sinn, wenn sie nicht vorher von irgend einer Seite in Frage gestellt worden wären. Tatsächlich laufen seit zwei Monaten schon Gerüchte um, die einen italienisch-abessinischen Krieg in Aussicht stellen. Die einen haben behauptet, daß Abessinien die benachbarten italienischen Kolonien Erythräa und Somaliland erobern wolle: die anderen wollten wissen, daß Italien mit der Absicht umgehe, eine kriegerische Expedition nach Abessinien zu unternehmen. Solchen Gerüchten wird durch die amtliche Erklärung der Boden entzogen, und alle Anzeichen sprechen dafür, daß sie Glauben verdient. Ein italienisch-abessinischer Zusammenstoß in Afrika wäre alles andere als ein Unternehmen, das sich auch nur als ein koloniales Abenteuer bezeichnen ließe.

In Abessinien sitzen heute mit wirtschaftlichen und wohl auch mit politischen Stützpunkten und Absichten die Japaner, und schon deshalb müßte ein Konflikt, der sich an dieser Stelle entzündet, weltpolitische Ausmaße annehmen. Eben deshalb ist es freilich durchaus möglich, daß die abessinische Frage von einer anderen Seite her aufgerollt wird. In Pariser Blättern war schon früher davon die Rede, daß Frankreich und England bereit seien, den 1906 gemeinsam mit Italien unterzeichneten Vertrag über die Unabhängigkeit Abessiniens nicht zu erneuern und dafür Italien freie Hand für die wirtschaftliche Durchdringung Abessiniens zu lassen. Ein solcher Plan würde in mehrfacher Hinsicht in die gegenwärtige Situation passen: er würde den afrikanischen Gegensatz zwischen Italien und Frankreich entlasten, weder England noch Frankreich ein beträchtliches Opfer kosten und schließlich Italien in die Notwendigkeit versetzen, den Kampf gegen den wirtschaftlichen Vormarsch Japans an einer für ganz Europa gefährlichen Stellung aufzunehmen. Bliebe nur noch die Frage, was der Kaiser von Abessinien dazu zu sagen hat.

Haile Sellassie I. macht eine sehr selbständige Politik. Er hat die Japaner gerufen, um die Amerikaner zu verdrängen, und es wäre auch denkbar, daß er den Italienern Spielraum gäbe, um die Japaner in Schach zu halten und den einen gegen den anderen auszuspielen. Die Rolle, die Italien zu übernehmen hätte, wäre also keineswegs so einfach, wie manche sich das vorstellen. Nur in einem Punkte ist die Front klar gezogen: Italien stellt sich gegen Japan, das der italienischen Textilindustrie im ganzen Mittelmeerraum, in Amerika und in Asien, ein äußerst gefährlicher Konkurrent geworden ist. Wenn jetzt die italienische Gesandtschaft in China zum Range einer Botschaft erhoben werden soll, so läßt das deutlich genug erkennen, daß Italien nichts versäumt, um seine Stellungen auszubauen.

115300 Arbeitslose im September weniger.

Weiter günstige Entwicklung des Arbeitsmarktes.

DNB. **Berlin**, 10. Oktober.

Ueber die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im September 1934 berichtet die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung u. a.:

Während in den früheren Jahren meistens der September durch die Verringerung der Arbeitsmöglichkeiten in den Außenberufen, in der Fahrzeugindustrie und in den Gaststätten- und Fremdenverkehrsgewerbe einen Anstieg der Arbeitslosenzahl zu bringen pflegte, ist, wie die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung berichtet, im September d. J. unter dem Einfluß des schönen Herbstwetters, das die Durchführung der Ernte in einem Zug ermöglichte und die reibungslose Fortführung der Außenarbeiten begünstigte, der Zugang aus den Außenberufen ausgeblieben.

Da zugleich die Festigung der innerdeutschen Wirtschaftslage, die sich in einer erhöhten Aufnahmefähigkeit der Produktions- und Konsumgüterindustrien darstellt, anhielt, konnte die Zahl der Arbeitslosen über das zu erwartende Maß hinaus gesenkt werden. Der Rückgang betrug insgesamt 115300. So ist die September-Entwicklung als außerordentlich günstig anzusprechen. In den kommenden Monaten wird jedoch mit einem verstärkten Zugang aus den Außenberufen zu rechnen sein.

Die Abnahme verteilt sich bis auf eine Ausnahme auf alle Landesarbeitsamtsbezirke. Sie war am stärksten in den industriellen Teilen Sachsens und Mitteldeutschlands, vor allem aber wieder in Brandenburg.

Insgesamt wurden am 30. September 1934 bei den Arbeitsämtern rund 2282000 Arbeitslose gezählt, von denen 1733000 Unterstützungsempfänger waren und zwar wurden unterstützt: In der Arbeitslosenversicherung 298000 (minus 12000), in der Krisenfürsorge 757000 (minus 26000), in der öffentlichen Fürsorge 678000 (minus 50000).

Die Zahl der Notstandsarbeiter ging auch im September noch zurück. Insgesamt waren Ende September 257000 Notstandsarbeiter bei Maßnahmen, zu denen die Reichsanstalt die Grundförderung leistete, beschäftigt, d. s. 25000 weniger als im Vormonat.

Die in den September fallende Hackfruchternte führte zu einer lebhaften Nachfrage nach Kräften für die Landwirtschaft.

Das für den Arbeitseinsatz so wichtige Baugewerbe hat auch im Berichtsmonat wiederum seine große Stetigkeit bewiesen und entgegen der im September üblichen Tendenz noch Kräfte aufgenommen. Die stetige Aufwärtsentwicklung der Produktionsgüterindustrien hat auch im Berichtsmonat angehalten. Im Bergbau blieb der Absatz an Stein- und Braunkohle befriedigend. In der Hütten- und Walzwerkindustrie machte die Besserung des Beschäftigungsgrades auch im September Fortschritte. Die Textilindustrie konnte mit Ausnahme einiger Werke der Juteindustrie trotz der bestehenden Rohstoffverknappung ihren Belegschaftsstand halten.

Ein Regentschaftsrat in Südslawien.

Sechs Monate Nationaltrauer.

DNB **Belgrad**, 10. Oktober.

Die Nachricht von der Ermordung des Königs Alexander traf in Belgrad in den Abendstunden des Dienstags ein, wurde aber nicht veröffentlicht. Trotzdem sickerten aber Gerüchte durch und verbreiteten sich wie ein Lauffeuer durch die Stadt. Gleichzeitig wurden die Telephon- und Telegraphenleitungen mit dem Ausland und mit der Provinz unterbrochen. Da niemand Genaues über den Anschlag wußte, entstand in der Bevölkerung Verwirrung. Alle Kinos unterbrachen ihre Vorstellungen und alle Gaststätten wurden geschlossen. Die Straßen wurden sofort durch die gesamte Gendarmerie besetzt und die öffentlichen Gebäude durch starke Posten gesichert. Da in den Straßen ein lebhafter Abendverkehr herrschte, kam es an einigen Stellen zu großen Stauungen. Schließlich eilten die Menschen in unbestimmter Furcht so rasch wie möglich in ihre Wohnungen. Eine halbe Stunde später waren die Straßen fast menschenleer.

Der Ministerrat trat nach dem Eintreffen der ersten Nachricht sofort zusammen, um die nötigen Beschlüsse zu fassen. Inzwischen war wenig Genaues festzustellen. Nur die Rundfunkhörer, die mit ihren Apparaten das Ausland erreichen können, konnten sich in den Abendstunden ein Bild machen. Der größte Teil der hauptstädtischen Bevölkerung aber wußte nur, daß der König tot war. Von den übrigen Opfern des Anschlages war nicht einmal gerüchtweise die Rede.

König Alexander, dessen Fähigkeiten in den letzten Jahren auch von Zweiflern anerkannt wurden, hat sich großer Beliebtheit in Südslawien erfreut, insbesondere seine Annäherungspolitik an Bulgarien hatte den Beifall der gesamten südslawischen Bevölkerung. Die Massen sahen in Alexander nicht nur den Soldatenkönig, der alle Feldzüge mitgemacht hatte, sondern auch den großen Staatsmann, der die Einigung der südslawischen Stämme verwirklicht hatte und eben im Begriffe war, durch die Versöhnung mit Italien das Werk zu krönen.

In Belgrad herrscht am Mittwoch völlige Ruhe und Ordnung. Das gesamte Geschäftsleben ruht. Die Morgenblätter, die alle mit schwarzem Rand erschienen waren, brachten die erste Meldung über das Verbrechen in Marseille zugleich mit der Mitteilung von der Einsetzung des Regentschaftsrates und der Vereidigung des Heeres auf den neuen König Peter II.

Die Polizei hat angeordnet, daß sämtliche Lokale um 22 Uhr geschlossen werden müssen. In der Nacht durchziehen verstärkte Polizeipatrouillen die Stadt, in der überall Ruhe herrscht. Nach amtlicher Mitteilung ist es auch im ganzen übrigen Lande zu keinen Zwischenfällen gekommen.

Der Ministerrat, der bis morgens früh 5 Uhr tagte, hat eine Landestrauer von sechs Monaten festgesetzt. In ganz Südslawien sind Trauergottesdienste angesetzt. Von allen Häusern wehen bereits Trauerfahnen, und sämtliche Schulen werden heute geschlossen bleiben.

Prinz Paul Karageorgewitsch steht im Alter von 41 Jahren. Er ist der Sohn des Prinzen Arsen Karageorgewitsch, der in Frankreich lebt, und der russischen Prinzessin Demidoff. Prinz Paul ist als Kunstfreund sehr bekannt. Er ist in der Politik bislang niemals hervorgetreten. Seine Gemahlin ist die Prinzessin Olga von Griechenland. Dr. Stankowitsch war früher der Leibarzt des Königs Alexander und sein besonderer Vertrauter. Er hat im politischen Leben stets eine Rolle gespielt und wurde vor zwei Jahren zum Senator und später zum Unterrichtsminister ernannt. Als er im Frühjahr dieses Jahres aus dem Kabinett wegen verschiedener Meinungsverschiedenheiten mit seinen Ministerkollegen ausschied, blieb er gleichwohl der Vertraute des Königs. Dr. Stankowitsch ist Serbe. Er stammt aus der früheren ungarischen Provinz. Er verfügt über besonders gute Beziehungen zu den kroatischen Kreisen. Der dritte Regent ist Dr. Perowitsch. Er ist aus der Beamtenlaufbahn hervorgegangen. Dr. Perowitsch stammt aus Zara, das heute zu Italien gehört. Er lebte dann lange Zeit in Dalmatien und bekleidete seit Jahren das Amt des Banus von Agram.

Die „Agence Avala" kündigt in einer amtlichen Verlautbarung an, daß der älteste Sohn des in Marseille verstorbenen Königs Alexander I. als Peter II. am 11. Oktober den Thron Südslawiens besteigt.

In der Proklamation an das Volk hierzu heißt es: Unser großer König Alexander I. ist als Opfer eines erbärmlichen Anschlages am 9. Oktober um 4 Uhr in Marseille verstorben.

Der Märtyrerkönig hat mit seinem Blut sein Friedenswerk besiegelt, für das er seine Reise in das verbündete Frankreich unternommen hatte.

Gemäß Artikel 36 der Verfassung besteigt sein erstgeborener Sohn, König Peter II., den Thron des Königreiches Südslawien. Die königliche Regierung, das Heer und die Flotte haben König Peter II. den Treueid geschworen. Die königliche Regierung übernimmt in Uebereinstimmung mit Artikel 45 der Verfassung die Regierung bis zum 11. Oktober, um die Ablegung des Treueides gemäß Artikel 59 und 42 der Verfassung vorzubereiten. Die letzten Worte, die König Alexander mit einem letzten Seufzer aushauchte, legen Zeugnis ab für seine unendliche Vaterlandsliebe. Er sagte: „Wacht über Südslawien." Die königliche Regierung ruft die ganze südslawische Nation auf, in Treue und Würde über diese Erbschaft zu wachen."

Das Erbe des toten Königs.

Thronbesteigung Peters II. am 11. Oktober.

DNB **Belgrad**, 10. Oktober.

In Anwesenheit von Prinz Paul, Ministerpräsident Uzunowitsch, dem Belgrader Stadtkommandanten, Kommandant der königlichen Garde, General Giwkowitsch, und dem Flügeladjutanten des verstorbenen Königs Alexander wurde die Testamentseröffnung vorgenommen. In dem Testament hat König Alexander während der Minderjährigkeit des Königs Peter zu Regenten eingesetzt: Prinz Paul Karageorgewitsch, den Senator und ehemaligen Minister Dr. Zedenko Stankowitsch und den Ban der Banschaft Sau Dr. Ivo Perowitsch. Als Nachfolger für Prinz Paul ist der Kommandierende General und militärische Befehlshaber von Belgrad, Tomitsch, für Senator Stankowitsch der Senator Banjanin und für Perowitsch Senator Zetz bestimmt worden.

Hestige Vorwürfe gegen die französische Sicherheitspolizei.

(!) **Paris**, 10. Oktober.

Eine Anzahl französischer Blätter richtet die stärksten Angriffe gegen die französische Sicherheitspolizei. So schreibt z. B. der „Jour", gestern habe eine Sicherheitspolizei, die weder Disziplin halte noch einen Chef habe, die Ermordung des Königs der Serben und des französischen Außenministers zugelassen. Es gebe überhaupt kein Wort, um angesichts einer solchen Schreckenstat die Entrüstung zum Ausdruck zu bringen, die jeder Franzose gegen eine staatliche Stelle empfinde, die so unfähig und so verbrecherisch sei, daß sie zulasse, daß ein so ungeheuerliches Attentat den Boden Frankreichs beflecke. Man habe am Dienstag früh in Paris gewußt, daß ein Attentat in Vorbereitung sei und man habe die Stunden dieses tragischen Tages nicht dazu benutzt, um die Wache zu verstärken.

Der rechtsstehende Abgeordnete Taittinger kündigt an, daß er an die Regierung eine Anfrage richten wolle, welche Strafmaßnahmen verwaltungsmäßiger und politischer Art sie gegen diejenigen zu ergreifen gedenke, die für den auf französischem Boden begangenen Mord verantwortlich seien.

Die rechtsstehende Pariser Abendzeitung „La Presse" greift unter Erwähnung des Sprichwortes „Es ist etwas faul im Staate Dänemark" das französische Innen- und Justizministerium im Zusammenhang mit dem Anschlag von Marseille scharf an.

*

Wie Havas meldet, waren in Marseille aus Anlaß der Ankunft Königs Alexanders 1200 Polizeibeamte, 191 Kriminalbeamte, 120 Gendarmen, 48 Mitglieder der Garde mobile sowie aktive Soldaten zu Absperrungszwecken aufgeboten worden. Als ein Polizeibeamter gewahr wurde, daß ein Mann bis zum Wagen des südslawischen Königs vordringen wollte, stürzte er sich sofort auf ihn. Der Mörder richtete jedoch sofort die Schußwaffe auf den Beamten, schoß ihn nieder und konnte so bis zum Wagen des Königs gelangen.

Der Papst zur Ermordung König Alexanders.

▲ **Rom**, 10. Oktober.

Im Vatikan wurde die Nachricht von der Ermordung König Alexanders und Barthous in den gestrigen Abendstunden vom stellvertretenden Staatssekretär dem Papst übermittelt. Papst Pius XI. gab seiner tiefen Trauer über „Die Aufeinanderfolge der blutigen Ereignisse, die das Leben der Nationen trüben", Ausdruck. Der Papst sandte ein Beileidstelegramm an die Königinwitwe Maria von Südslawien. Der Sekretär für außergewöhnliche kirchliche Angelegenheiten und der stellvertretende Staatssekretär statteten in der südslawischen und in der französischen Botschaft beim Heiligen Stuhl Beileidsbesuche ab.

Vor der Niederwerfung der letzten Aufstandsversuche in Spanien.

Das Parlament vorläufig vertagt.

Wiedereinführung der Todesstrafe

:: **Madrid**, 10. Oktober.

In Saragossa hat die sozialdemokratische Arbeiterorganisation beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Das spanische Parlament ist am Dienstag zusammengetreten. Es hatten sich außer den Regierungsparteien die Monarchisten und die baskischen Nationalisten eingefunden. Im Kongreßgebäude herrschte eine sehr lebhafte Stimmung. Der Ministerpräsident wurde stürmisch begrüßt.

Die Parlamentssitzung gestaltete sich zu einer großen Vertrauenskundgebung für den spanischen Ministerpräsidenten Lerroux und sein Kabinett. Die Sitzung dauerte knapp eine Stunde.

Der Ministerpräsident betonte, daß er es als seine Pflicht betrachte, der Aufstandsbewegung mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu Leibe zu gehen, um die Nation vor einem dauernden Schaden zu bewahren.

Die Rede Lerroux' wurde des öfteren von lebhaften Beifallskundgebungen unterbrochen. Der Ministerpräsident sprach den Polizeimannschaften und Truppenabteilungen, die sich so bedingungslos für das Wohl des Vaterlandes eingesetzt hatten und noch einsetzen, die dankbare Anerkennung der Regierung aus.

Einem Antrage wurde einmütig zugestimmt, nach dem in Spanien die Todesstrafe wieder eingeführt wird. Sie kommt in Betracht bei Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz, in Fällen von bewaffnetem Angriff auf das menschliche Leben und in Fällen von schwerem Raub.

Nach kurzen Worten einiger Parteivertreter, in denen das Vertrauen zur Regierung unverhalten zum Ausdruck kam, vertagte sich das Parlament bis zum Eintritt normaler Zustände in Spanien.

Der Aufstand in Asturien und Katalonien beendet?

DNB **Madrid**, 10. Oktober.

Die Regierung hat durch Rundfunk mitteilen lassen, daß in den Provinzen Asturien und Katalonien der Aufstand beendet ist. In Segovia und anderen großen Städten Spaniens fanden Kundgebungen der Bevölkerung statt, in denen die Treue zur Regierung und die Vaterlandsliebe zum Ausdruck gebracht wurden.

In Madrid wurden am Dienstag abend einige Aufständische festgenommen, die aus dem Hinterhalt auf Polizeipatrouillen feuerten. Im Laufe des Dienstag wurden insgesamt 270 Verhaftungen vorgenommen und bei verschiedenen Haussuchungen zahlreiche Waffen, darunter Maschinenpistolen, beschlagnahmt.

In Cordoba und Bilbao kam es zu kleineren Scharmützeln zwischen Polizei und Aufständischen, wobei vielfach von Dächern aus die Polizeistreifen beschossen wurden. Das Ergebnis waren mehrere Tote und Verwundete.

In San Sebastian sollen zwar die Geschäfte wieder geöffnet sein und die Straßenbahnen ihren Betrieb wieder aufgenommen haben, doch fand in einem Arbeiterviertel noch ein heftiges Feuergefecht mit Aufständischen statt, das sechs Todesopfer forderte. In Alicante verhaftete man den dortigen sozialistischen Bürgermeister, in Valencia desgleichen einige sozialistische Stadträte.

Von den Revolutionären wurden überall furchtbare Terrorakte begangen; so wurden eine ganze Reihe Kirchen niedergebrannt.

Azana verhaftet.

DNB **Madrid**, 10. Oktober.

Der frühere spanische Ministerpräsident Azana, der gelegentlich des katalanischen Aufstandes zum Präsidenten der beabsichtigten spanischen föderativen Republik ausgerufen wurde, ist in Barcelona zusammen mit dem Syndikalistenführer Angel Pestana und einem Hauptmann verhaftet worden.